

# Die Woche im Bundestag



## Investitionen und Corona-Hilfen



Das Corona-Virus ist eine Herausforderung, für die wir aber besser gerüstet sind als viele andere Länder. Unsere solide Haushaltspolitik hat für Spielräume gesorgt, so dass wir jetzt eine Milliarde Euro für For-

schung und Ausrüstung im Gesundheitssektor einsetzen können, damit das Virus erfolgreich bekämpft werden kann.

Die deutsche Wirtschaft ist zehn Jahre hintereinander gewachsen und deshalb gut gerüstet. Die Folgen der Corona-Epidemie für Unternehmen und Beschäftigte sind momentan nur schwer absehbar. Der Koalitionsausschuss hat am Sonntag erste konkrete Beschlüsse gefasst. Dazu gehören u.a. ein flexiblerer Zugang zum Kurzarbeitergeld, Liquiditätshilfen, kurzfristig wirksame steuerliche Erleichterungen für Unternehmen und dauerhaft höhere öffentliche Investitionen für den Wohnungsbau und für Digitalisierungs- und Verkehrsprojekte. In den Jahren 2021 bis 2024 werden die Mittel um jeweils 3,1 Mrd. Euro weiter erhöht – auf insgesamt 12,4 Mrd. Euro. Alle beschlossenen steuerlichen Maßnahmen gehen auf Vorarbeiten der CDU/CSU-Fraktion zurück. Wir wollen mit kluger und passgenauer Unterstützung die Planungssicherheit aller Beteiligten erhöhen und Arbeitsplätze schützen.

### Öffentliche Investitionen „auf die Straße“ bringen

Ein echter Durchbruch ist daher dem Koalitionsausschuss im Bereich beschleunigte Planungs- und Genehmigungs-

verfahren gelungen. Mehr Geld für Infrastrukturprojekte bringt alleine nichts, wenn es nicht gelingt, den Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr und Digitales durch

Straffung der Planungsverfahren erheblich zu beschleunigen. Bislang werden in Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren oft die gleichen Schritte doppelt gemacht. Deshalb geht es jetzt um rechtliche Vereinfachung, um die Bündelung und Verzahnung von Verfahren.

### Sichere Grenzen und humanitäre Verantwortung

Deutschland hat in den vergangenen Jahren so vielen Menschen in Not geholfen und sie aufgenommen wie kein anderes Land in Europa. Das war nur möglich mit dem großartigen ehrenamtlichen Engagement vieler Bürger. Spätestens seit 2015 wissen wir aber auch, dass wir reguläre Zuwanderung aussteuern und begrenzen müssen, um unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren. Diese Balance zu finden, zwischen sicheren Grenzen und unserer humanitären Verantwortung, bleibt eine Daueraufgabe. Der Koalitionsausschuss hat deshalb beschlossen, Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage der Flüchtlingskinder auf den griechischen Inseln zu unterstützen. Deutschland wird auf europäischer Ebene über die Aufnahme unbegleiteter oder erkrankter Kinder verhandeln, bei denen es sich überwiegend um Mädchen handelt. Wir stehen bereit, einen angemessenen humanitären Beitrag in dieser Krisensituation zu leisten.



## Wir stärken das THW



In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag im Rahmen einer Debatte zum Zivil- und Katastrophenschutz einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des THW-Gesetzes

(Zweites Gesetz zur Änderung des THW-Gesetzes) abschließend beraten und verabschiedet. Hierzu erläutert der **innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Mathias Middelberg:**

„Ob nach Sturmschäden, Unfällen, Überflutungen oder weltweit nach Naturkatastrophen: Das Technische Hilfswerk ist der Garant für technische Unterstützung nach einem Unglücksfall oder einer Katastrophe – und wird zu 99 Prozent von Ehrenamtlern getragen, die sich für unseren Schutz in ihrer Freizeit engagieren. Mit der heute vom Bundestag beschlossenen Reform des THW-Gesetzes geben wir dem

Engagement der 80.000 Ehrenamtler im THW einen kräftigen Schub. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben mittels neuer Regeln zur Kosten-



tragung durchgesetzt, dass ein Einsatz des THW nun nicht mehr daran scheitert, dass etwa eine Gemeinde die durch das THW entstehenden Kosten fürchtet. Das THW soll dort eingesetzt werden, wo die Bürger schnell von ihm profitieren können, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Waldbränden oder der Beseitigung großflächiger Ölverschmutzungen. Denn darauf kommt es an: Die herausragenden Fähigkeiten des THW schnell und effektiv dort hinzubringen, wo die Menschen sie brauchen. Dafür schaffen wir jetzt die Voraussetzungen.“

## Mehr Tierwohl



Der Koalitionsausschuss hat am Sonntag Beschleunigungen für Verwaltungs- und Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Planun-

gen und Genehmigungen beschlossen. Der **Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann**, ordnet diese Entscheidung für den Landwirtschaftlichen Bereich ein:

„Unsere Landwirte warten seit langer Zeit auf Planungserleichterungen und Rechtssicherheit. Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses sind daher ein wichtiges Signal in die richtige Richtung. Die Koalition prüft nun, wie die Rechtsschutzverfahren und die Klagefristen verkürzt werden können. Bürokratische Hürden sollen auch abgebaut werden, indem die Vorschriften zu Umweltverträglichkeitsprüfungen überarbeitet werden.“

Landwirtschaftliche Betriebe werden von beschleunigten Verwaltungs- und Gerichtsverfahren profitieren. Denn so bekommen sie schneller Planungssicherheit für Investitionen in mehr Tier- und Umweltschutz.

Die Unionsfraktion wird darauf achten, dass der Bürokratieabbau auch bei der geplanten Baurechtsnovelle zum Zuge kommt. Die Errichtung, Änderung oder Erweiterung landwirtschaftlicher Betriebe für mehr Tierwohl und Umweltschutz darf nicht an unnötigen Vorschriften scheitern.“

## Gut aufgestellt bei einheimischen Lebensmitteln



Im Rahmen der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus kommt es verstärkt zu Hamsterkäufen in Supermärkten. Angesichts dieser aktuellen Situation

erklärt **Albert Stegemann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

„Die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln ist bei uns zu jeder Zeit gesichert. Auch wenn derzeit einzelne Regale in Lebensmittelgeschäften nicht sofort wieder aufgefüllt werden, besteht kein Anlass zur Sorge. In Deutschland werden gute, sichere und geprüfte Lebensmittel hergestellt – und zwar in hinreichender Zahl für unsere Bevölkerung. Insbesondere bei Grundnahrungsmitteln ist der Selbstversorgungsgrad in Deutschland sehr hoch. Laut den Statistiken

der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung lag der Selbstversorgungsgrad etwa von Hart- und Weichweizen zuletzt bei 117 Prozent, von Kartoffeln bei 148 Prozent, von Frischmilcherzeugnissen bei 116 Prozent, von Käse bei 126 Prozent und von Schweinefleisch bei 119 Prozent.

Allenfalls bei manchen Obst- und Gemüsesorten, insbesondere bei exotischen Südfrüchten, die nicht in Deutschland angebaut werden können, sind wir auf Importe angewiesen. Gerade bei diesen Produkten ist bisher jedoch weder eine erhöhte Nachfrage noch ein Rückgang der Importe festgestellt worden. Es ist ohnehin sinnvoll, sich überwiegend von regionalen und saisonalen Lebensmitteln zu ernähren, nicht zuletzt aus Gründen der Nachhaltigkeit.

Wir profitieren von einem intensiven Welthandel – auch bei Lebensmitteln. Die aktuelle Situation in Zusammenhang mit dem Coronavirus zeigt aber, dass wir uns bei Grundnahrungsmitteln nicht von Importen abhängig machen dürfen. Wir brauchen eine leistungsfähige und unabhängige Landwirtschaft vor Ort. Das vergessen wir im Alltag schnell. Wir brauchen daher einen gesellschaftlichen Konsens, mit dem wir die Landwirtschaft in Deutschland stärken. In unserer Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik muss es auch in Zukunft in erster Linie darum gehen, die Versorgung mit sicheren und hochwertigen Lebensmitteln sicherzustellen.“

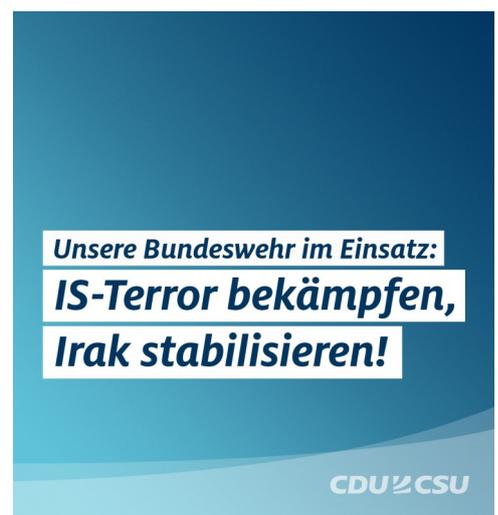
## Beitrag im Kampf gegen den IS

Mit der Ergänzung des noch bis Ende Oktober laufenden Mandats zur Beteiligung deutscher Soldaten im Kampf gegen den IS und an der Ausbildung der irakischen Streitkräfte, wird der deutsche Beitrag an die aktuellen politischen Entwicklungen im Irak angepasst. Die Luftaufklärung mit deutschen Tornado-Flugzeugen von Jordanien aus wird beendet. Die Luftbetankung durch die Bundeswehr soll ebenso wie die deutsche Beteiligung an AWACS-Überwachungsflügen fortgesetzt werden. Mit dem Luftüberwachungsradar, das fortan im Irak von deutschen Soldaten betrieben wird, und der Bereitstellung von strategischem Lufttransport, bringt Deutschland zusätzliche Hochwertfähigkeiten in die internationale Allianz ein.

Es ist ein gutes Signal an unsere NATO-Partner, dass die Ausbildung der irakischen Streitkräfte durch deutsche Soldaten fortan sowohl unter dem Dach der Anti-IS-Koalition ‚Operation Inherent Resolve‘ als auch im Rahmen der NATO-Trainingsmission im Irak stattfinden kann. Damit entsprechen wir auch den Wünschen der irakischen Regierung. Die

CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte schon länger gefordert, sich auch der NATO-Mission im Irak anzuschließen. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern

wollen wir das Terrornetzwerk des IS umfassend besiegen. Zudem wollen wir die irakischen Streitkräfte befähigen, eigenständig für Sicherheit und Stabilität im Irak zu sorgen. Denn die Stabilisierung des Iraks ist im deutschen Sicherheitsinteresse.



## Die Woche im Parlament



**Berichte zum Anerkennungs-gesetz 2019 und 2017.** Die Berichte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung liefern wichtige Hinweise zur aktuellen

Entwicklung des Themenfelds Berufsanerkennung. Dabei ist 2019 eine grundlegende Neuerung im Hinblick auf die Datenerhebung in Kraft getreten: Erstmals bildet der Bericht die Daten von Bund, Ländern und der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) zusammen ab. Von 2012 bis zum Jahr 2018 (aktuellste vorliegende Daten) wurden rund 82.600 ausländische Berufsabschlüsse voll anerkannt. Die Anzahl der Anträge und dementsprechend die Anerkennungen sind über die Jahre kontinuierlich angestiegen. Im Vergleich zu 2017 ist der Anteil von Flüchtlingen bei der Anerkennungsberatung rückläufig. Festzuhalten ist, dass das Gesetz zur Sicherung des Fachkräftebedarfs beiträgt.

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID).** Wir verlängerten das Mandat der Bundeswehr in Darfur in 2./3. Lesung. Das Mandat zielt darauf, die sudanesischen Regierung in ihrem Streben nach einer dauerhaften Lösung des Darfurkonflikts zu unterstützen. Damit leistet die Bundeswehr einen weiteren Beitrag zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Region. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte am 31. Oktober 2019 das Mandat von UNAMID einstimmig um ein weiteres Jahr bis zum 31. Oktober 2020 verlängert. Konkret soll die Mandatsobergrenze von zuletzt 50 auf nunmehr 20 einzusetzenden Soldaten reduziert werden. Das Bundestagsmandat soll diesmal um lediglich 9 Monate bis zum 31. Dezember 2020 verlängert werden, um einen Übergangsrahmen zu einer zivilen Mission zu schaffen.

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS).** Wir verlängerten das Bundeswehrmandat für den Einsatz im Südsudan in 2./3. Lesung mit namentlicher Abstimmung bis zum 31. März 2021. Das Mandat ist für die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens und des Friedensprozesses von Bedeutung. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Mandats durch UNMISS bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar. Der deutsche militärische Beitrag

für UNMISS soll weiterhin darin bestehen, sich mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie mit Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren zu beteiligen. Darüber hinaus kann deutsches Personal im Bedarfsfall die Ausbildung von VN-Angehörigen im Hauptquartier von UNMISS temporär unterstützen. Die Mandatsobergrenze soll dabei wie bisher bei 50 Angehörigen der Bundeswehr belassen werden. Aktuell sind 13 deutsche Soldaten im Rahmen der Mission im Einsatz.

**Berichte zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2017 sowie 2018.** Wir berieten die Risikoanalysen der Bundesregierung im Bevölkerungsschutz für die Jahre 2017 und 2018. Dies sind wichtige fachliche Standortbestimmungen, die dazu beitragen, die zahlreichen zuständigen Behörden und Einrichtungen zu koordinieren. So können mögliche Defizite behoben und notwendige Fortentwicklungen gemeinsam angegangen werden.

## Daten und Fakten

**Alkoholmissbrauch unter Kindern und Jugendlichen sinkt leicht.** Zu Beginn der Fastenzeit hat das

Statistische Bundesamt festgestellt, dass in Deutschland im Jahr 2017 rund 14.900 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 17 Jahren



Photo by thom masat on Unsplash

wegen akuten Alkoholmissbrauchs stationär in einem Krankenhaus behandelt wurden. Das waren zwar 1,6 Prozent weniger als 2016, allerdings hat sich die Zahl seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt: Im Jahr 2000 lag die Zahl der wegen Alkoholmissbrauchs stationär behandelten Kinder und Jugendliche bei 7.000 Personen.

(Quelle: Destatis)

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

Bildnachweis:  
Fotos Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.